

Debatte um K+S

## Fronten verhärteten sich

**LANDKREIS.** Zum hitzigen Schlagabtausch kam es am Donnerstag im Kreisumweltausschuss in der Debatte um die Genehmigung von Salzwassereinleitungen in die Innerste. Der Konzern K+S soll nach Auffassung der Behörden unter strikten Bedingungen die Freigabe dafür bekommen. Doch SPD und CDU vertagten eine Entscheidung, man wolle erst die Gemeinden einbinden. Die Kreisverwaltung kritisierte das Vorgehen. **»SEITE 9**

# In der Kali-Debatte verhärteten sich die Fronten

Von Jan Fuhrhop

**HILDESHEIM.** Soll Kali und Salz (K+S) nach einer möglichen Wiederinbetriebnahme des Bergwerks Giesen salzhaltiges Wasser in die Innerste leiten dürfen? Wenn ja, in welcher Menge? Das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hält die von K+S beantragte Maximalmenge von bis zu 200.000 Kubikmetern pro Jahr für genehmigungsfähig. Die Untere Umweltbehörde des Landkreises hat sich dieser Haltung inzwischen angeschlossen – und dem Umweltausschuss des Kreistags empfohlen, den Weg für die entsprechende wasserrechtliche Erlaubnis freizumachen.

Doch genau diesen Schritt verweigerte die Mehrheit auf Antrag von SPD und CDU. Stattdessen sollen nun zunächst die betroffenen Gemeinden und Verbände Chance zur Einsicht in die LBEG-Unterlagen bekommen und Stellung beziehen. Wie lange dieses Verfahren dauern könnte, bevor der Ausschuss sich erneut mit dem Thema befasst, blieb in der Sitzung am Donnerstag offen. Der zuständige Dezernent der Kreisverwaltung, Helfried Basse, äußerte rechtliche Bedenken gegen das von CDU-Mann Friedhelm Prior energisch verteidigte Vorgehen: Die Einbeziehung von Dritten, wie den Gemeinden, sei im laufenden Planfeststellungsverfahren gar nicht Sache des Landkreises. Er werde den Beschluss rechtlich prüfen lassen, kündigte Basse an und lieferte Prior



K+S-Sprecher Ulrich Göbel (linkes Bild) verfolgt die Ausführungen von Klaus Bruer (rechtes Bild, l.) und Friedhelm Prior (r.) im Ausschuss schweigend, äußert sich aber später sehr deutlich. Dezernent Helfried Basse (2. v.l.) will den Beschluss der Großkoalitionäre nicht einfach so hinnehmen und weiß dabei Landrat Olaf Levonen auf seiner Seite. **FOTOS: FUHRHOP**

damit die Vorlage für eine scharfe Attacke. Er verwies auf die Entscheidungshoheit des Kreistags und dessen Gremien und rief: „Die Kreisverwaltung hat nichts zu entscheiden – gar nichts!“ SPD und CDU wollten für die größtmögliche Transparenz im Verfahren sorgen, die

vor einer Entscheidung – und regte zusätzlich die inhaltliche „Beratung durch eine externe Firma“ an – was wiederum nicht nur Dezernent Basse ablehnte („nicht notwendig“), sondern auch CDU-Mann Christian Berndt den Kopf schütteln ließ: Schließlich habe der Kreis-

aufmerksam; er hatte bereits im Vorfeld Kritik an der Dauer des Verfahrens geübt. „Wir haben uns bisher zurückgehalten, weil wir keinen Druck auf politische Entscheidungsbildung aufbauen wollen“, erklärte er gegenüber dem KEHRWIEDER – um hinzuzufügen: „Wir haben aber kein

darf den Bogen auch nicht überspannen, sonst sehe ich schwarz.“

Dass die Kreisverwaltung prüfen wolle, ob die beschlossene Einbeziehung der Gemeinden rechtlich überhaupt zulässig sei, begrüßte er, so Göbel, und ergänzte: „Wir prüfen das selbst auch.“ CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior machte klar, dass sich die Gruppe SPD/CDU nicht von ihrem Weg abbringen lassen werde: „Wir bleiben bei unserer Linie, das Verfahren transparent zu gestalten.“

Gegen Transparenz habe er absolut nichts, versichert Olaf Levonen am Freitag im Gespräch mit dem KEHRWIEDER – wohl aber gegen die „Eröffnung von neuen Verfahren neben dem eigentlichen Verfahren“. Für kommenden Mittwoch hat Levonen Bruer, Prior und Basse zu einer Aussprache eingeladen: „Das kann nicht so weitergehen.“

### „Die Kreisverwaltung hat nichts zu entscheiden – gar nichts!“

CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior am Donnerstag im Umweltausschuss

sei bisher nicht gegeben gewesen, weil die Bewertungen der LBEG erst seit gut zehn Tagen öffentlich zugänglich gemacht worden seien. „Wir hätten die Gemeinden ja schon gerne früher gefragt.“

Nina Lipecki (Grüne) begrüßte den Gang in die Verlängerung

tag doch darauf bestanden, das zuständige Fachgremium zu sein, dann müsse man auch selbst prüfen und entscheiden. Mit der Vertagung des Salzwasser-Beschlusses hatte Ulrich Göbel fast gerechnet. Der Konzern-Sprecher von K+S verfolgte die Sitzung am Donnerstag

Verständnis dafür, dass sich dieser Prozess ohne erkennbares Ende hinzieht.“ Klare Verhältnisse statt Schwebezustand wünsche sich K+S. Im Anschluss an die Ausschusssitzung am Donnerstag erklärte er: „Den Beschluss müssen wir jetzt erst einmal so hinnehmen. Aber man